Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 12

Artikel: Die Chancen des Kleinstaates in unserer Zeit
Autor: Schelker, Markus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347412

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heft 12
Dezember 1968

Profil

Markus Schelker

Die Chancen des Kleinstaates in unserer Zeit

Der berühmte Kulturhistoriker Jacob Burckhardt hat vor rund hundert Jahren auf die grossen kulturellen und politischen Möglichkeiten des Kleinstaates hingewiesen. Nachdem uns die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zwei Weltkriege gebracht hat, die ganz im Zeichen der Grossmächte über die Bühne der Geschichte gegangen sind, glaubte niemand mehr so recht an die Möglichkeiten der Kleinstaaten, weltpolitisch Bedeutendes zu leisten. 1945 nahmen die USA, die Sowjetunion und Grossbritannien für sich in Anspruch, diese Welt in Ordnung gebracht zu haben.

Ist es ihnen gelungen, diesen Anspruch bis in unsere Tage aufrechtzuerhalten? Wohl kaum.

Die kranken Grossen

Die Vereinigten Staaten stecken in einer der schlimmsten politischen Krisen ihrer Geschichte. Der Krieg in Vietnam hat der amerikanischen Aussenpolitik ihr Waterloo eingebracht. Daran ändert auch der kürzlich von Johnson angeordnete totale Bombenstopp nichts.

Die Eiterbeule des Rassismus ist mit fürchterlicher Grausamkeit aufgebrochen. Auf der einen Seite probt die Klasse der entrechteten und geknechteten Schwarzen den Aufstand, weil viele von ihnen keinen anderen Ausweg mehr aus ihrer Misere sehen, die nicht nur von Rechtlosigkeit, sondern auch von bitterer materieller Not gezeichnet ist. (Die USA zählen rund 5 Millionen Arbeitslose. Die Mehrzahl davon sind Schwarze.) Aber auch ihre Gegenspieler formieren sich. Die Millionen, die dem Rassenfanatiker Wallace zujubeln, erinnern uns auf erschreckende Weise an ein Volk, das jubelnd den totalen Krieg begehrte . . .

Drei politische Morde in fünf Jahren sind die weitere Ausgeburt eines Klimas, in dem leicht der Tod dieser Welt gedeihen könnte. Die Namen von John F. und Robert Kennedy und von Dr. Martin Luther King standen für einen Geist des Fortschritts und der Menschlichkeit. Diese Namen stehen heute auf Grabsteinen.

Die USA sind zurzeit unfähig, aussenpolitische Probleme zu lösen, weil sie eine in sich gespaltene und zerrissene Nation sind.

Und die UdSSR? Man war bereit, Ungarn zu vergessen und blickte in diesem Sommer hoffnungsvoll nach Prag. Eine historische Wende schien sich anzubahnen; der politische und soziale Humanismus von Karl Marx schickte sich an, den Kommunismus aus den Niederungen dogmatischer Starre und Tyrannei emporzureissen ans Licht des Fortschritts. Bratislawa schien den neuen Geist offiziell zu sanktionieren. Doch es sollte anders kommen. Die Panzer mit dem roten Stern kündeten im Morgengrauen des 21. August 1968 von jenem entsetzlichen Verrat, der so viele Hoffnungen unter sich begrub. Noch einmal hatten im Kreml die Reaktionäre, die Günstlinge einer absoluten Herrschaft gesiegt. Zwar ist der Schreibende davon überzeugt, dass die Geschichte diesen Sieg zum Phyrrussieg machen wird, weil er den Druck liberal-kommunistischer Elemente in der Sowjetunion nicht schwächen wird. Aber die Tatsache, dass die Sowjetunion vor der Welt ihr Gesicht, ihr in den letzten zehn Jahren gewaltig angestiegenes Prestige verloren hat, bleibt bestehen.

So hat auch die Sowjetunion ihre aussenpolitische Legitimation eingebüsst.

Vor diesem düsteren Horizont zeichnet sich der Aufstieg Chinas ab, ein Aufstieg, der das ganze Weltbild, ja das ganze kulturelle System aller entwickelten Zivilisationen in Frage stellt.

Die ungelösten Konflikte

In Vietnam sind Zehntausende nutzlos gestorben.

In Biafra wird ein Volk vernichtet. Die Welt schaut ohnmächtig zu, weil die politischen Rechenschieber der Grossmächte in Machtkategorien statt in Begriffen der Menschlichkeit geschoben werden.

Im Vorderen Orient stehen sich Israel und die arabischen Staaten waffenstarrend gegenüber, weil die beiden Grossmächte gegenseitig um die Gunst der Araber buhlen. Wiederum: Macht statt Menschlichkeit. Die Entwicklungshilfe – auch sie wird nach politischen Wertungen statt nach ökonomisch-sozialen Notwendigkeiten betrieben. Die Grossmächte versagen, weil sie in den überdimensionierten Irrgärten ihrer Macht herumirren.

Wir aber müssen uns fragen: Wenn die Grossmächte nicht mehr weiter kommen, weil sie sich im Geflecht ihrer Macht gefangen haben, können dann nicht die kleineren und mittleren Staaten, die keinen Machthunger kennen, in die Bresche springen. Sind sie dazu nicht schlechthin verpflichtet?

Die Möglichkeiten der Kleinstaaten

Im folgenden wollen wir versuchen, die Möglichkeiten der Kleinstaaten unter zwei Aspekten zu umreissen:

a) die Kleinstaaten als Konfliktvermittler;

b) die Kleinstaaten als Entwicklungshelfer.

Die meisten Kleinstaaten – und das gilt in ausgeprägtem Masse auch für die Schweiz – haben sich schon als Vermittler in politischen Konflikten betätigt. Diese Vermittlung kann rein humanitärer Natur sein (Austausch von Gefangenen, Flüchtlingsfürsorge usw.) – sie kann sich aber auch vorwiegend auf diplomatischer Ebene abspielen. Die bisherigen Bemühungen in dieser Richtung haben teilweise zu schönen Erfolgen geführt – man denke etwa an die Rolle, die die Schweiz bei der Beendigung des Algerienkrieges gespielt hat –, oftmals waren sie aber auch glatte Misserfolge. Den meisten dieser Aktionen hing zudem das Odium des eher Zufälligen, Unkoordinierten an. Wir meinen, dass die Kleinstaaten ständige Instrumente schaffen sollten, mit denen sie in enger Zusammenarbeit an die Lösung wichtiger politischer Probleme herangehen sollten.

Die UNO, die für solche Aufgaben gegründet worden ist, hat wegen des Patts der Grossmächte heute keine Chancen mehr, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Deshalb halten wir dafür, dass eine neue internationale Organisation geschaffen werden sollte, die nur jene Staaten vereinigt, die keine imperialistische Politik betreiben. Das mag sehr utopisch klingen, doch scheint es – zumindest unter dem Blickwinkel der Gegenwart – keine andere Möglichkeit zu geben.

Wir haben oben schon darauf hingewiesen, dass die Entwicklungshilfe aus politischen Gründen heute vielfach ineffizient betrieben werde. Dazu kommt noch, dass heute die meisten Staaten, vor allem aber die Kleinstaaten, in vielen Ländern ein bisschen Entwicklungshilfe betreiben. So wirken oft in einem afrikanischen Staat Leute aus einem Dutzend oder mehr Ländern ohne vernünftige Koordination.

Wäre es nicht viel sinnvoller, wenn jedes entwickelte Land seine Entwicklungshilfe auf ein Land beschränken und entsprechend ausdehnen würde, das in Grösse und Struktur seinen Möglichkeiten entspricht, also eine Art Patenschaft über ein Entwicklungsland übernehmen würde?

Nehmen wir ein Beispiel: Die Schweiz könnte etwa ein Land wie Dahomey betreuen. Diese Betreuung würde folgende Punkte umfassen:

1. Aufbau eines effizienten Erziehungssystems (inklusive Universität).
2. Finanzielle und personelle Mithilfe bei der Durchführung der weiteren wichtigen Infrastruktur – Investitionen (Verkehrswege, Energie, Spitäler, Verwaltungen).
3. Aufbau einer der Struktur des Landes angepassten Industrie.
4. Aufbau von bi- und multilateralen Handelsbeziehungen.

Es ist klar, dass ein solches Programm Milliarden kosten würde. Es ist aber ebenso klar, dass ein erheblicher Teil dieser Milliardenbeträge für uns gewinnbringende Investitionen darstellen würde: Einmal ist anzunehmen, dass ein Teil der Investitionen mit der Zeit verzinst werden könnte, und zum zweiten würde eine Vervielfachung des Pro-Kopf-Sozialprodukts der heutigen Entwicklungsländer unserer Exportindustrie neue Absatzmärkte erschliessen. Es gibt also neben den humanitären durchaus kommerzielle

Argumente, die für eine wirkungsvollere Entwicklungshilfe ins Feld geführt werden können.

Würde Jacob Burckhardt heute leben, so würde es ihm bestimmt nicht schwerfallen, über die Bedeutung der Kleinstaaten zu philosophieren. Vielleicht hat es noch nie eine Zeit gegeben, in der die potentielle Bedeutung der Kleinstaaten so gross war wie in der unsrigen. Vielleicht hängt das Bestehen dieser Welt davon ab, ob die Kleinstaaten ihre historische Chance nutzen.

Prof. Dr. phil. Dr. iur. Erich Fechner

Zur soziologischen Problematik der Gesundheitsvorsorge[1]

I.

An der Notwendigkeit der Gesundheitsvorsorge besteht angesichts der gesundheitlichen Bedrohungen in der modernen Gesellschaft kein Zweifel. Der technische Fortschritt, der uns immer mehr von der körperlichen Arbeit und vielen anderen Beschwernissen befreit, hat uns das erhoffte Gesundheitsparadies auf Erden nicht beschert. Das Gegenteil ist der Fall. Die sogenannten Zivilisationskrankheiten sind ein nicht unbeträchtlicher Teil des Preises, den wir für diesen Fortschritt zahlen. Die Bedrohung ist eine individuell existentielle und eine politisch existentielle, das heisst in seinem Dasein bedroht ist der Einzelne, in seinem Bestande bedroht ist zugleich das Gemeinwesen; und zwar sowohl unmittelbar gegenwärtig als auch – soweit die Erbmasse geschädigt wird – die zukünftigen Generationen.

Die Notwendigkeit der Vorsorge gegenüber dieser Gefahr bedrängt die Verantwortlichen auf der ganzen Welt. Die durchgreifenden gesundheitspolitischen Massnahmen des Präsidenten Kennedy haben seinerzeit weltweites Aufsehen erregt. Es wird vermutet, dass die finanziellen Aufwen-

---

[1] Vortrag, gehalten auf der wissenschaftlichen Tagung «Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Sozialhygiene» am 20. April 1968 in Tübingen, durchgeführt vom Institut für Arbeitsmedizin der Universität Tübingen (in Anwesenheit der Frau Bundesgesundheitsministerin).